

## I

(Entschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen)

## ENTSCHLIESSUNGEN

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND  
SOZIALAUSSCHUSS

## 470. PLENARTAGUNG AM 15. UND 16. MÄRZ 2011

**Entschlieung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses: „Die Situation in den südlichen Mittelmeerländern“**

(2011/C 132/01)

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss verabschiedete auf seiner Plenartagung am 15./16. März 2011 (Sitzung vom 15. März) mit 149 gegen 11 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen die folgende Entschlieung.

1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) bringt seine Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der südlichen Mittelmeerländer zum Ausdruck, die friedlich für ihre Grundrechte und -freiheiten kämpfen, und unterstützt sie in ihrem legitimen Ziel, in ihren Heimatländern eine stabile Demokratie aufzubauen.
2. Der EWSA fordert die Beendigung der Gewalt gegen Zivilisten und die vollständige Achtung des Strebens der Bürgerinnen und Bürger nach demokratischem Wandel sowie ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung und friedfertige Kundgebung.
3. Der EWSA fordert einen unverzüglichen friedlich-demokratischen Transformationsprozess zur Schaffung von Rechtsstaatlichkeit und einer stabilen Demokratie, die auf freien und fairen Wahlen, dem uneingeschränkten Versammlungsrecht sowie der Wahrung der Menschenrechte beruht.
4. In Zeiten eines solchen historischen Umbruchs sind die seit Langem oder erst seit Kurzem bestehenden, sich klar zur Demokratie bekennenden Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und andere Vertreter der Zivilgesellschaft, insbesondere aus dem wirtschaftlichen und sozialen, staatsbürgerlichen, berufsständischen und kulturellen Bereich, in den Mittelmeerländern für einen Wandel des politischen Systems von grundlegender Bedeutung und spielen eine Schlüsselrolle für die Zukunft ihrer Heimatländer. Um durch und durch demokratische Systeme zu erreichen, bedarf es eines konstruktiven und zielorientierten Dialogs zwischen diesen Organisationen und den politischen Institutionen, die den Transformationsprozess lenken. Ebenso wichtig ist der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen einschließlich unmittelbarer Kontakte zwischen den Bevölkerungen.
5. Der EWSA begrüßt die jüngsten Aufrufe der Hohen Vertreterin für Außenpolitik zugunsten dieser demokratischen Prozesse und die Ankündigung eines Plans für humanitäre Hilfe für die Region. Der EWSA dringt auf ein klares europäisches Engagement zugunsten der Zivilgesellschaft im südlichen Mittelmeerraum im Anschluss an diese Bekundungen. Der Auswärtige Dienst der EU hat erklärt, dass bereits Maßnahmen ergriffen wurden, um dieses politische Engagement zu konkretisieren. Seinerseits ist der EWSA bereit, dieses politische Bemühen durch den Kapazitätenaufbau sowie die Förderung der Konsensbildung und der Entwicklung eines strukturierten, repräsentativen Dialogs seitens der Zivilgesellschaft der verschiedenen Länder des südlichen Mittelmeerraums zu unterstützen. Der EWSA begrüßt den Beschluss, diesen neuen Ansatz weiterzuentwickeln: Die zivilen Aufstände in den südlichen Mittelmeerländern führen die Schwächen der bisherigen Außenbeziehungen der EU zu diesen Ländern klar vor Augen.
6. Zu diesem Zweck ist der EWSA bestrebt, seinen bestehenden und neuen Ansprechpartnern, wie den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und den anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, die Beziehungen zu entsprechenden Partnerorganisationen der europäischen Zivilgesellschaft unterhalten, und der Plattform nichtstaatlicher Organisationen Europa-Mittelmeer zu helfen. Der EWSA regt ein gemeinsames Vorgehen zur Unterstützung eines friedlichen Übergangs hin zur Demokratie in der Region an.

7. Der EWSA ruft alle demokratischen Kräfte auf, sich an dem Transformationsprozess zu beteiligen. Wesentlich ist in dieser Übergangsphase die Einbindung demokratischer, unabhängiger Organisationen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und anderer Organisationen der Zivilgesellschaft.

8. Der EWSA ruft die EU auf, durch eine Überarbeitung des Auftrags der Mittelmeerunion weitreichende Maßnahmen zu ergreifen, um die Mittelmeeranrainerstaaten, die sich bereits auf dem Weg des Übergangs hin zur Demokratie befinden, in politisch-institutioneller, wirtschaftlicher, sozialer, technischer und humanitärer Hinsicht zu unterstützen. Er bedauert den Mangel an Abstimmung zwischen den EU-Organen und den Mitgliedstaaten bei der Behandlung dieser Fragen. Er fordert die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten deshalb nachdrücklich auf, ihre Maßnahmen in der Region abzustimmen und ihre Mittelmeer-Strategie grundlegend zu überarbeiten. Ein strategisches Kernelement dieses neuen Ansatzes muss die Unterstützung der Zivilgesellschaft sein, damit die Hilfe der EU für die Länder der Region eine möglichst große Wirkung entfaltet. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Aus-

schuss der Regionen (AdR) sind bereit, sich an diesen Maßnahmen zu beteiligen.

9. Der EWSA und der AdR haben vereinbart, ihre künftigen Maßnahmen im Hinblick auf die demokratischen Transformationsprozesse der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten zu koordinieren. Sie fordern einen gemeinsamen Aktionsplan der Organe und Einrichtungen der EU, in dem der Beitrag der einzelnen Institutionen zu der übergeordneten EU-Strategie für die Region festgelegt ist.

10. Der EWSA begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates auf seinem außerordentlichen Gipfeltreffen am 11. März zur Unterstützung der demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Mittelmeerländer.

11. Der EWSA fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, rasch und effektiv auf ein koordiniertes Tätigwerden der internationalen Gemeinschaft in Libyen hinzuwirken, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, humanitäre Hilfe bereitzustellen und alle für den Übergang zur Demokratie notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

Brüssel, den 15. März 2011

*Der Präsident*  
*des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses*  
Staffan NILSSON

---